

Facebooks Löschtzentren und was Migranten damit zu tun haben



Ein Artikel bei Verdi

Ich hoffe es schadet meinem guten Ruf als Rechtspopulist nicht, aber: Vor kurzem las ich die Hauseigene Verdi-Zeitschrift namens „Migration ver.di publik Spezial“ (3/2019).

Normalerweise schenke ich Gewerkschaftszeitungen wenig Beachtung oder ein oder zwei Kopfschütteln, aber in diesem Fall stieß ich auf einen für mich interessanten Artikel.

Der Artikel lautet „Gefällt uns nicht“ und bezieht sich damit auf den berühmten herabgesenkten Daumen bei Facebook.

Der Kern des Artikels

Gleich der Einstieg hat es für mich in sich:

„Facebook – In Berlin-Spandau lässt der US-amerikanische Social Media-Konzern ein Löschzentrum betreiben. Die Arbeit, die vor allem Migranten und Migrantinnen unterschiedlichster Herkunft verrichten, ist psychisch extrem belastend, die Fluktuation entsprechend hoch.“

Nein lieber Leser, es geht mir hier nicht in erster Linie um den unglaublichen Skandal, dass ein privates Unternehmen in einer faktischen Öffentlichkeit (denn das sind soziale Medien nun inzwischen, auch wenn diese Plattformen von privaten Firmen erstellt wurden) einfach die Arbeit der Judikative übernimmt und völlig unkontrolliert Beiträge löscht. Oder mit anderen Worten die durch das Grundgesetz garantierte Meinungs- und Pressefreiheit beschneidet, also Zensur durchführt. Ein alter Hut. Geschenkt.

Es geht mir u.a. um ein paar kleine Nebeninformationen, die mir aufgefallen sind. Aber gehen wir ersteinmal in den Text.

Der Artikel beschreibt in der Folge den Arbeitstag von Adnan, der eigentlich gar nicht so heißt, aber von seinem Arbeitgeber zu strikter Verschwiegenheit verpflichtet wurde.

Er arbeitet unter hohem Zeitdruck nach ständig neuen bzw. sich verändernden Regeln und löscht Beiträge oder Videos **im Akkord** – ja sie haben richtig gelesen – im Akkord. Hat er Zweifel, wendet er sich „an einen speziellen Ansprechpartner, der dann entscheidet“. Und er ist natürlich zu totaler Verschwiegenheit verpflichtet. Erwähnt wird in diesem Zuge übrigens auch, dass die Mitarbeiter nur knapp über dem Mindestlohn arbeiten.

In schillernden Farben wird im Artikel die leidvolle Situation der Migranten beschrieben, die wegen der schrecklichen Bilder und Artikel, welche sie bei ihrer Arbeit sehen, Feelgood Manager, Yoga-Kurse und psychologische Hilfe erhalten. Man

halte mich für einen böartigen Muckel, aber: Das ist für mich der totale Druck auf die Tränendrüse des Lesers.

Nebenbei beschreibt die Autorin, dass Adnans Arbeitgeber die Firma Arvato ist, die von Facebook beauftragt wurde. Und dass Arvato vor wenigen Monaten mit dem marrokanischen Konzern Saham das neue Gemeinschaftsunternehmen Majorel für diesen Geschäftsbereich gegründet hat. Faktisch löscht also die Firma Majorel, und zwar selbst in Nachtschichten, und natürlich nicht nur in Berlin, sondern auch im zweiten Löschzentrum in Essen.

Zudem wurden angeblich einige Teams stark verkleinert, weil ein Teil der Löscharbeit in ein neues Zentrum in Marokko ausgelagert wurde. Dort sind die Kräfte billiger, und keine Gewerkschaft behindert den Betrieb.

„Was nach welchen Regeln gelöscht wird und wer diese festlegt, ist auch heute noch unklar“ heißt es weiter. Und: “Vor allem entzieht sich facebook gern den hiesigen Gesetzen. Wer rechtsextreme – und bei uns verbotene Posts meldet, bekommt häufig nur die lapidare Antwort, dass dies nach den „Facebook-Regeln“ statthaft sei.“ Natürlich, da sind sie wieder, die bösen Nazis und die böse Firma, die auf dem rechten Auge blind ist.

Ich **persönlich habe es genau anders herum erlebt**, nämlich mit antisemitischen Kommentaren die wir gemeldet hatten und die nicht gelöscht wurden, aber ok. Das ist halt Verdi. Und ein klein wenig antikapitalistisches feeling und Firmenbashing muss halt bei einer Gewerkschaft sein, sei es nun gerechtfertigt oder nicht. Man muss ja sein Klientel bedienen. Und ich sage das als Mitglied in einer Gewerkschaft!

Auf der Löschliste stehen auch Organisationen wie die freie syrische Armee, was bei einigen syrischen Agents völliges Unverständnis hervorruft, da diese für sie Freiheitskämpfer, aber eben nicht Terroristen darstellen.

Der Rest des Artikels ist ein Geweine über die Zustände, mit der interessanten Information, dass der Betriebsrat den eigentlichen Arbeitsbereich nicht einmal betreten darf und dessen Mitglieder häufig die Firma sehr schnell verlassen.

Nun zu meiner Kritik

Wie meinen Lesern bekannt sein dürfte, vielen anderen Menschen aber wahrscheinlich nicht, erfolgt in allen sozialen Medien schon seit geraumer Zeit massive Zensur, insbesondere bei Themen wie Migration, multikulturelle Gesellschaft mit ihren Verwerfungen sowie Islamkritik. Und natürlich Klimawandel, aber den schenken wir uns heute.

Zu erwähnen ist in diesem Kontext die aktuelle Löschwelle auf youtube, die beispielsweise auf dem **Focus thematisiert** wurde und, mit der, so lesen wir, Videos verboten werden sollen „die nahelegen, dass eine Gruppe der anderen überlegen ist“, um Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderer Merkmale zu rechtfertigen. Klingt scheinbar fair, schlägt aber in der Realität in die gleiche Zensurkerbe wie facebook. Das Thema soll uns heute aber nicht interessieren.

Ich fasse zusammen:

Ein privates Unternehmen löscht unter dem mehrheitlichen Einsatz von Migranten Beiträge von wahrscheinlich tausenden usern, von niemandem einsehbar, von niemandem kontrolliert im Akkord und in Nachtschichten und unter totaler Verschwiegenheitspflicht bei den Mitarbeitern.

Unter dem Einsatz von speziellen Ansprechpartnern, die im Zweifelsfall entscheiden. Und zwar nach Regeln des Löschens, welche unbekannt sind und von denen auch nicht bekannt ist,

wer diese festlegt. Und nichtmal der Betriebsrat darf zuschauen.

Viele Fragen

Zum einen stellt sich mir die Frage, warum man eine totale Verschwiegenheitspflicht verhängt. Ja, natürlich sind die Regeln des Datenschutzes nach der DSGVO zu beachten, das ist mir klar.

Aber bei einer sauberen Aktion, die ja unser Grundgesetz durchsetzen soll, was eine eigentlich honorable Aufgabe darstellt, gibt es doch dafür gar keinen Grund. Transparenz und Klarheit der Regeln sind doch für eine Demokratie eben das, was sie von einer Willkürherrschaft abhebt.

Es wäre doch ein leichtes zu sagen: „Folgende Dinge verletzen und zwar juristisch abgesichert das Grundgesetz, und deshalb löschen wir nach folgenden Regeln.“ Sauber. Professionell. Belastbar.

Wer im stillen Kämmerlein irgendetwas unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchführt, macht sich verdächtig. Zumal der Firma im Text ja schon unterstellt wird, gerne rechtsbrüchig zu sein.

Die Frage ist ja auch, wie hoch Migranten und Mitarbeiter, die für etwas mehr als den Mindestlohn arbeiten, qualifiziert sind, um den Job adäquat zu auszufüllen.

Die Vermutung liegt nahe, dass wir hier eben nicht ein Bündel an Anwälten, Richtern und anderen juristischen Fachkräften haben, sondern, und so stellt es der Artikel ja dar, billige Lohnsklaven sehen, die im Akkord und unter Nachtschichten und unter hoher psychischer Belastung schuften müssen.

Wie ausgeprägt darf ich mir denn hier genau die Qualität der geleisteten Arbeit vorstellen, also u.a. die Gewährung meiner

Meinungsfreiheit nach dem Grundgesetz? Zudem Akkord ja nun eine Lohnform darstellt, die über hohen Leistungsdruck funktioniert und damit immer die Gefahr birgt, Fehler durch Überlastung zu produzieren. Nachtschichten bergen ggf. ein ähnliches Risiko.

Wie hoch ist übrigens die Qualifikation von Arbeitskräften in Marokko, die ja für noch weniger Geld arbeiten? Kann ich davon ausgehen, dass diese das deutsche Rechtssystem überhaupt in Ansätzen verstehen? Fragen sie sich selbst: Wie qualifiziert wären sie ohne juristische Ausbildung, z.B. in Venezuela oder Japan Beiträge und Videos zu löschen?

Denn unser Grundgesetz steht ja über den Facebook-Richtlinien, nicht etwa darunter. Und Fachkräfte für unseren juristischen Sektor werden normalerweise in vielen Jahren ausgebildet. Wohl nicht ohne Grund.

Antwort:

Wissen wir nicht, es gibt ja offensichtlich keine Qualitätskontrolle, von der wir wissen. Und eben keine Transparenz.

Im Zweifelsfall entscheidet zudem „der besondere Ansprechpartner“. Ja, wer ist denn das? Ein Richter? Wohl kaum. Aber auch das wissen wir nicht. Und wer kontrolliert den letzten Entscheider? Wer kontrolliert die Kontrolleure? Was wäre, wenn dieser Entscheider eine politische Agenda hätte oder bekäme?

Es gibt niemanden, der kontrolliert, was genau dort hinter verschlossenen Türen passiert!

Ich erinnere noch einmal daran, dass die Rechtsprechung, d.h. die Aufgabe zu prüfen, ob etwas gesetzlich gedeckt ist oder

nicht, Aufgabe der Judikative ist, hier wird die Rechtsprechung und Rechtsdurchsetzung offensichtlich unter massivem Einsatz (Akkord, Nachtschicht, zwei Löschzentren plus eins in Marokko) von privaten höchstwahrscheinlich nicht qualifizierten Personen durchgeführt.

Eigentlich gibt es in Deutschland zu mindestens theoretisch eine Gewaltenteilung. Hier sind Richter und Bestrafer (in Form des Löschens) eine Person.

Und jetzt kommen wir zu einem meiner Knackpunkte.

Gerade der sogenannte Rechtspopulismus, also auf Deutsch die Kritik an Multikulti und offenen Grenzen, sowie die Islamkritik stehen unter schwerem Feuer.

Darf ich im Durchschnitt eine gewisse Befangenheit bei Migranten annehmen, die dieses Thema bearbeiten, zumal sie ja von unserer Politik ständig hören, dass wir einen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft haben? Und vielleicht mehr Löschen, als erlaubt ist? Wo endet denn die freie Meinungsäußerung und wo beginnt ein strafbarer Kommentar? Wir alle sprechen immer über hatespeech, ein Begriff, der juristisch garnicht abschließend definiert ist!

Darf ich die Frage stellen, ob Marrokaner in Marokko, Islamkritik wirklich als gerechtfertigt ansehen und nicht löschen?

In einem dominant muslimisch geprägten Land, in dem der Islam 98,7 Prozent ausmacht? Indem der Islam Staatsreligion ist? In einem Land, wo der offizielle Wahlspruch „für Gott, Heimat, König“ lautet? In einem Land, wo die Bildungssituation als disaströs bezeichnet werden kann? In einem Land, indem eine Trennung von Kirche und Staat nicht kulturell und historisch selbstverständlich ist?

Welche Migrantengruppen arbeiten denn in Berlin? Ist die Neutralität hier abgesichert?

Und wäre, wenn die Politik zum eigenen Nutzen Einfluss auf die Firma und deren Politiken nehmen würde? Im Kampf gegen Rechts ist schließlich alles erlaubt.

Nun ich kann mich auch völlig irren, sicher. Aber:

Wir wissen es nicht. Wir wissen garnichts. Wir können nur glauben, dass alles gut ist.

Mit dem Glauben ist das aber immer so eine Sache.

Ich persönlich baue ein Staatswesen lieber auf Fakten und Logik auf, nicht auf Unwissenheit und Intransparenz.